

Maintal, 30.11.2017

#### Wir kämpfen für

- eine gleich gute medizinische Behandlung von Menschen aller Schichten
- soziale und gerechte Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen
- die solidarische Unterstützung partizipativer Gesundheitsbewegungen international
- die uneingeschränkte medizinische Versorgung von Geflüchteten

#### Wir kritisieren

- die Kommerzialisierung der Medizin
- den Lobbyismus der Geräte- und Pharmaindustrie
- jede Form der Zwei-Klassen-Medizin

#### Wir sind

- Ärzt\*innen
- Psychotherapeut\*innen
- Medizinstudierende

### **Interessierte Verdrehung der Tatsachen Demokratische Ärztinnen und Ärzte unterstützen Bürgerversicherung**

Eine solidarische Bürgerversicherung, die alle Einkommensarten einbezieht und die Beitragsbemessungsgrenze anhebt oder im besten Fall ganz abschafft, bedeutet eine Ausweitung der Solidarität und Abschaffung der existierenden Zwei-Klassengesellschaft im deutschen Krankenversicherungssystem. „Deshalb begrüßen wir die Forderung nach einer paritätisch finanzierten Bürgerversicherung für Alle und widersprechen sowohl dem Präsidenten der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, als auch dem Vorsitzenden der KBV, Andreas Gassen. Sie sprechen nicht im Namen aller Ärztinnen und Ärzte“, so Dr. Thomas Kunkel, einer der Vorsitzenden des Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte.

Montgomery nannte die Bürgerversicherung am Montag einen „Turbolader in die Zwei-Klassen-Medizin“ und unterstellte, dass eine Bürgerversicherung zu Rationierung, Wartezeiten und Begrenzungen der Leistungskataloge führe. „Das ist eine Verdrehung der Tatsachen in wohlverstandener Eigeninteresse“, so Thomas Kunkel weiter. „Umgekehrt wird ein Schuh draus: Eine solidarische Bürgerversicherung würde mehr Geld ins gesetzliche Pflichtversicherungssystem bringen. Der umfassende Leistungskatalog der bisher für die gesetzlichen Krankenkassen gilt, könnte daraus für alle hier lebenden Menschen finanziert und nach Bedarf fortentwickelt werden und gegebenenfalls könnte man die Beitragssätze sogar senken.“

Michael Janßen, ebenfalls Vorsitzender des vdää ergänzt: „Heute setzt die Private Krankenversicherung gezielt Anreize, Privatversicherte bei der Terminvergabe zu bevorzugen und dann mit oft unnötigen, aber für die Ärzt\*innen lukrativen, Leistungen über- und fehlzuversorgen. Dem würde mit einer Bürgerversicherung ein Riegel vorgeschoben“. Das ethische Gebot ärztlichen Handelns, alle Patient\*innen gleichermaßen angemessen und nach ihren Bedürfnissen zu versorgen, würde dadurch ebenfalls gestärkt.

**Wir demokratischen Ärztinnen und Ärzte widersprechen dem Präsidenten der Bundesärztekammer und dem Vorsitzenden der KBV und unterstützen die Forderung nach einer Bürgerversicherung, weil diese die Finanzierung des Gesundheitssystems gerechter machen und falsche Anreize abschaffen würde.**

Dr. Nadja Rakowitz  
(Pressesprecherin)